

**„Nach der Regulierung ist vor der  
Regulierung – die Zertifikatebranche  
und ihre Herausforderungen“**

**Dr. Henning Bergmann**  
Geschäftsführender Vorstand des DDV

***Es gilt das gesprochene Wort***

Deutscher Derivate Tag  
9. September 2019, Frankfurt am Main

Meine sehr verehrten Damen und Herren,

ein herzliches Willkommen zum Deutschen Derivate Tag 2019!

Das sage ich auch im Namen des gesamten DDV-Vorstandes und meines Kollegen Lars Brandau.

Wir erwarten einen für uns alle gewinnbringenden gemeinsamen Tag, der im Zeichen von Europa, Digitalisierung und Nachhaltigkeit steht.

Heute können wir – abseits vom Tagesgeschäft – aktuelle Entwicklungen einmal in Ruhe beleuchten und uns dazu austauschen.

Ein herzliches Willkommen den Referenten, die mit Ihren Beiträgen den Derivate Tag bereichern werden. Die gegenüber den Vorjahren nochmals gestiegene Zahl der Anmeldungen zeigt, dass sie auf großes Interesse stoßen!

Ein ganz besonderer Gruß geht an die Mitglieder des Wissenschaftlichen Beirats des DDV.

Der Beirat feiert in diesem Jahr sein zehnjähriges Bestehen und hat ganz maßgeblich zur erfolgreichen Arbeit des Verbandes beigetragen. Zu diesem runden Geburtstag haben wir eine kleine Broschüre erstellt, die das gesamte Werk und Wirken des Beirates einmal zusammenfasst. Sie liegt hier aus.

Mein herzlicher Dank gilt an dieser Stelle den Professoren Frau Sigrid Müller und den Herren Bernd Rudolph, Dirk Schiereck, Lutz Johanning und Christian Koziol.

Herzlichen Dank für Ihren und Euren jahrelangen Einsatz!

Für mich persönlich ist heute auch ein besonderer Tag, denn ich darf erstmals als Geschäftsführender Vorstand des DDV zu Ihnen sprechen.

Vor sechs Monaten habe ich einen gut positionierten Verband übernommen und bin nun dabei, weitere Akzente zu setzen und den DDV in die bevorstehende neue Dekade zu führen.

Die vergangenen zehn Jahre standen im Zeichen des G20-Gipfels von Pittsburgh, der im September 2009 stattfand, und auf dem die globale Finanzmarktregulierungsagenda geschrieben wurde.

Sie entstand unter der Prämisse: „kein Markt, kein Finanzinstrument bleibt unreguliert“

– und hat uns alle gut beschäftigt.

Die kommenden zehn Jahre werden sich nun um Themen wie Nachhaltigkeit, Digitalisierung und geopolitische Ausrichtungen drehen.

All dies birgt bei allen Herausforderungen erhebliche Chancen für uns, wenn wir diese Agenda richtig navigieren.

Für den DDV bedeutet dies,

dass wir uns künftig verstärkt auf EU-Themen konzentrieren und auch unsere Kommunikation darauf ausrichten.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz herzlich bei Lars Brandau dafür bedanken, dass er mir kollegial zur Seite steht und mir ein wertvoller Sparringspartner ist.

Mein Dank geht auch an meine Vorstandskollegen, die neben ihrer eigentlichen Haupttätigkeit mit viel Engagement den DDV vorantreiben.

Meine Damen und Herren,

der diesjährige Deutsche Derivate Tag findet in einem bewegten Jahr statt.

Uns allen stehen unruhige und unsichere Zeiten bevor – und ich erwähne nur vier Aspekte:

1. Die Große Koalition in Berlin steht auf tönernen Füßen, die Landtagswahlen in Brandenburg und Sachsen brachten den bisherigen Volksparteien ein doppeltes blaues Auge.

In der Gesellschaft scheinen die Debatten unversöhnlicher, die Standpunkte immer härter zu werden.

2. Auch international weht ein rauer Wind:

Die USA und China führen einen handfesten Handelsstreit, der uns alle betrifft.

Dieser droht, die ganze Weltwirtschaft in Mitleidenschaft zu ziehen.

Und leider gibt es auch immer wieder Spannungen zwischen der EU und den USA – zwei einander eigentlich tief verbundene und zugeneigte Alliierte.

Ich wage keine Prognose über den weiteren Verlauf dieser Beziehung.

Eins jedoch ist sicher:

Auch gegen die EU und gerade auch gegen Deutschland teilt Präsident Trump gerne aus.

Und eine Krise der amerikanisch-europäischen Beziehungen ist keine gute Nachricht für die globale Stabilität.

3. Eine weitere schlechte Nachricht ist der Brexit.

Auch hier wage ich keine Prognose und folge dem Motto: „Hope for the best and prepare for the worst“.

Vor allem aber hoffe ich für uns alle, dass die Unsicherheit ein Ende findet.

Schließlich lähmt der Brexit seit mittlerweile mehr als drei Jahren politische Prozesse und Investitionsentscheidungen.

4. Neben dem Brexit stehen der EU nach der Parlamentswahl weitere Herausforderungen bevor.

Christdemokraten und Sozialdemokraten haben Dutzende Mandate im Europäischen Parlament verloren – und damit zum ersten Mal keine gemeinsame absolute Mehrheit mehr.

Dies ist auch ein Abbild der zunehmend fragmentierten Gesellschaften in den EU-Staaten.

Die neue politische Zusammensetzung des Parlaments wird die Mehrheitsfindung erschweren.

Die EU wird sich neu justieren müssen.

Wir verfolgen gespannt, wie sich das Kräfteverhältnis zwischen Parlament, Kommission und Rat weiterentwickelt.

Schließlich sind die politischen und machtstrategischen Entwicklungen in Brüssel - und Straßburg - für die gesamte Finanzbranche

und damit natürlich auch für uns, die Zertifikatebranche, hochrelevant.

Wir bleiben hier für Sie dran!

## **Regulierung – Wettbewerbsfähigkeit**

Das ist auch nötig:

Denn vergleicht man heute die Lage der Banken in der EU und den USA,

kann man den Eindruck gewinnen,

dass das Epizentrum der weltweiten Finanz- und Bankenkrise vor gut elf Jahren nicht etwa in den USA, sondern in Europa lag.

Was müssen wir derzeit feststellen?

Europas Banken leiden unter Niedrigzinsen und Regulierung, während es den Wall-Street-Instituten aufgrund der Erträge im Heimatmarkt blendend geht.

Dabei drohen weitere Gefahren:

Die USA scheinen „den Geist von Pittsburgh“ aufzugeben und ermöglichen so potentiell Regulierungsarbitrage – obwohl die G20 doch einig waren, dass diese unbedingt zu vermeiden ist. Nach dem Brexit könnten wir im Vereinigten Königreich ebenfalls weichere Regeln sehen. Das würde dieses Problem verschärfen.

Für die EU kann das Mittelabflüsse bedeuten und würde daher das Wirtschaftswachstum gefährden. Schließlich wurde grade dem europäischen Kapitalmarkt nach der Finanz- und Wirtschaftskrise ein strenges Korsett angelegt.

Die gute Nachricht dabei ist:

Das Finanzsystem ist heute insgesamt deutlich widerstandsfähiger.

Finanzmarktstabilität und Verbraucherschutz sind essentiell für den Kapitalmarkt – er basiert ja auf dem hohen Gut Vertrauen.

Das ist richtig und wichtig, doch die Belastung der Kreditinstitute durch umfassende Maßnahmen dieser Regulierungslawine ist enorm.

Es ist auch nicht nur die pure Anzahl der neuen Normen, die in der vergangenen Dekade zu einem wahren Umsetzungs-Kraftakt führte.

Nein – es ist vor allem die beispiellose Detailtiefe und Regulierungsdichte der Vorgaben, die die Finanzbranche zunehmend belasten.

Ein hoher Grad an Harmonisierung innerhalb der EU ist – gerade mit Blick auf die Kapitalmarktunion – grundsätzlich zu begrüßen.

Doch leider geht der holistische Blick und die klare Zielvorstellung manchmal verloren.

Die politischen Grundgedanken vieler regulatorischer Maßnahmen der letzten Jahre waren durchaus zu begrüßen.

Gerade auf Level I vieler Rechtsetzungsverfahren gab es zahlreiche gute Ansätze, um den Verbraucherschutz zu stärken und das Finanzsystem besser aufzustellen.

Die Finanzmarktrichtlinie MiFID II und die PRIIPs-Verordnung sind hierfür gute Beispiele.

Doch diese soliden Ansätze wurden dann auf Level II durch überzogene Detailregulierung mitunter ins Gegenteil verkehrt.

Hinzu kommt die große Geschwindigkeit der regulatorischen Vorgaben. Die Prozesse laufen oftmals zu schnell und unabgestimmt: Die gesamten Auswirkungen sind nicht gründlich durchdacht und geprüft worden.

Negative Effekte und Kollateralschäden sind die Folge.

Zudem verschlingt die Umsetzung solcher Vorgaben ungeheure Ressourcen: Allein die Umsetzungskosten von MiFID II und PRIIPs liegen Schätzungen zufolge bei rund 6 Mrd. Euro – nur in Deutschland.<sup>1</sup>

---

<sup>1</sup> „Auswirkungsstudie MiFID II/MiFIR und PRIIPs-VO: Effektivität und Effizienz der Neuregelungen vor dem Hintergrund des Anleger- und Verbraucherschutzes“, Prof. Dr. Stephan Paul im Auftrag der Deutschen Kreditwirtschaft, Februar 2019

Geld, das die Finanzbranche nicht in neue Angebote für ihre Kunden investieren kann. Das gefährdet auch die Weiterentwicklung zukunftsfähiger Geschäftsmodelle. Gerade die braucht es aber, um den zukünftigen Herausforderungen begegnen zu können.

Ich nenne hier Digitalisierung, demographischen Wandel und Nachhaltigkeit.

Daher ist es wichtig, einen Blick auf die regulatorischen Veränderungen der Vergangenheit zu werfen und für die Zukunft zu lernen. Drei Beispiele:

Das erste Beispiel ist ganz einfach: Die MiFID II wurde im Januar 2018 nicht überall in der EU umgesetzt. Das kann nicht sein – europäische Regulierung muss so gestrickt sein, dass sie in allen Ländern gleichzeitig eingeführt werden kann und wird! Ansonsten haben Länder, die rechtzeitig umsetzen – wie Deutschland – einen Wettbewerbsnachteil.

Das zweite negative Paradebeispiel europäischer Regulierung sind die neuen Basisinformationsblätter – oder KIDs – nach der PRIIPs-Regulierung.

Hier wurde auf europäischer Ebene unsauber und überhastet gearbeitet. Die theoretischen Modelle hielten den Praxisanforderungen nicht stand: Anleger verstehen die Informationsblätter, vor allem die Performance-Szenarien, vielfach nicht. Die Folge: Sie ignorieren die Informationsblätter ganz überwiegend!

Das kann nicht das Ziel von Regulierung sein, dass wir Papiere produzieren müssen, die nicht gelesen werden!

Und nicht nur nebenbei nochmal bemerkt: Die Branche hat dafür enormen Aufwand betreiben müssen!

Am PRIIPs-Prozess zeigt sich aber auch ein anderes Phänomen in der EU: Wir alle wissen, dass zu viele Köche den Brei verderben, und wir stellen uns immer öfter die gar nicht profane Frage: Wer ist eigentlich zuständig und letztverantwortlich?

Europäische Regulierung ist geprägt von der Vielzahl der Beteiligten:

- Europäische Kommission,
- Europäisches Parlament,
- noch 28 nationale Regierungen im Rat,

- die drei Europäischen Aufsichtsbehörden EBA, EIOPA und ESMA und damit verbunden Vertreter von 84 der Sparten nationaler Aufsichtsbehörden.

Da greifen viele Zuständigkeiten ineinander.

Wenn alle Beteiligten gut miteinander zusammenarbeiten, dann kann das gelingen und es entsteht echter Mehrwert. Wenn nicht, dann geht es schief und es wird nur gegenseitig aufeinander verwiesen.

Niemand fühlt sich zuständig für die fehlende Konsistenz und rechtstechnische Qualität.

Meine Damen und Herren,

wir stellen fest:

Das aktuelle System europäischer Regulierung führt dann zu einem Zustand, in dem keiner mehr verantwortlich ist.

Wir brauchen hier mehr kollektives Verantwortungsbewusstsein!

Wohlgemerkt: Das ist kein Vorwurf an die einzelnen beteiligten Institutionen, sondern das Ergebnis des gesamten Prozesses.

Im Herbst steht endlich die offizielle Überprüfung der PRIIPs-Verordnung an.

Eigentlich eine gute Nachricht!

Wir bringen uns hier als DDV intensiv ein. Doch schon wieder wirkt der Prozess überhastet. Für eine gründliche und adäquate Auseinandersetzung mit der Materie fehlt bei dem ambitionierten Plan die Zeit.

Deswegen fordern wir:

Hier muss auf europäischer Ebene dringend ein Umdenken stattfinden. Wir brauchen mehr Qualität in der Regulierung, wenn Europa ein wettbewerbsfähiger Finanzplatz bleiben will.

Die Fehler der Vergangenheit dürfen nicht wiederholt werden: Wir brauchen das kollektive Verantwortungsbewusstsein!



Wenn es gelingt, die Entscheidung für mehr Europa durchdacht und kontrolliert zu treffen, dann wird die Weiterentwicklung der Europäischen Union ein Erfolg.

Dazu das dritte Beispiel:

Die Europäische Kommission hatte im Herbst 2017 einen Vorschlag zur Reform der europäischen Finanzaufsicht unterbreitet.

Dieser ESA-Review sah erweiterte Befugnisse der drei europäischen Aufsichtsbehörden vor und die direkte Aufsicht durch die ESMA in einigen Bereichen des Wertpapiergeschäfts.

In Feldern, die klar gesamteuropäisch geprägt sind, ist das sinnvoll.

Jedoch war auch geplant, die Prüfung von Prospekten auf die ESMA zu übertragen. Doch bei diesem Thema klaffen Wunsch und Wirklichkeit weit auseinander!

Es gibt nur wenige Emissionen, die überhaupt EU-weit angeboten werden. Es ist nicht vermittelbar, warum gerade in diesem Bereich die Kompetenzverlagerung nach Europa stattfinden sollte.

Viel näher liegt es, die Prüfung der Prospekte bei den nationalen Aufsichtsbehörden zu belassen. Die sind erfahren und kennen ihre Märkte.

Hier hat sich der DDV erfolgreich dafür eingesetzt, dass die Prospektprüfung nicht auf die ESMA übertragen wird.

## **Produktintervention**

In die neue europäische Regulierungswelt bringen wir uns als DDV intensiv ein. Wichtig ist der Dialog:

Ein gutes Beispiel ist das schwierige Thema der Produktinterventionen. Nachdem wir mit Zahlen, Daten und Fakten in Gesprächen Hintergründe erläutert haben, hat die ESMA ihre Maßnahme zu binären Optionen präzisiert. Damit wurde klargestellt, dass insbesondere Inline-Optionsscheine nicht betroffen sind.

Das ist eine gute Nachricht.

Es zeigt die Offenheit für den Dialog und fachlichen Austausch. So sieht gute Regulierung mit Augenmaß aus. Den Vertretern von BaFin und ESMA herzlichen Dank für diese Dialogbereitschaft!

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir möchten mehr Europa.

Wir sind Europäer.

Wir stehen zu Europa.

Dort, wo es einen echten Nutzen bringt.

Das ist ja der Kerngedanke des Subsidiaritätsprinzips, der sich auch in Artikel 5 des Vertrags über die Europäische Union wiederfindet.

Und auf diesen Kerngedanken, meine Damen und Herren,

sollten wir uns auch in Zukunft immer wieder berufen.

## **Kapitalmarktunion**

Ein wichtiges europäisches Projekt ist in meinen Augen die Kapitalmarktunion.

Wir müssen Barrieren im Binnenmarkt beseitigen und den Zugang zum Kapitalmarkt erleichtern. Das wird die Attraktivität der EU steigern und Investitionen aus der ganzen Welt anziehen.

Dieses Zielbild eines geeinten europäischen Kapitalmarkts ist nicht neu, wurde aber erst 2015 unter dem Stichwort Kapitalmarktunion systematisch aufgegriffen.

Endlich wurde der Blick nach der Finanzkrise wieder nach vorne gerichtet. Das begrüßen wir sehr.

Aber: Es gibt bei diesem Projekt noch viel zu tun. Bislang handelt es sich um eine große Anzahl von Einzelmaßnahmen – ich hoffe, dass die neue EU-Kommission das Thema intensiv vorantreibt.

## Anlageberatung

Ein Ziel der Kapitalmarktunion ist es, das Kapitalangebot im europäischen Binnenmarkt zu stärken. Dafür braucht es auch engagierte Privatanleger.

Derzeit allerdings bewirkt die überbordende Regulierung leider genau das Gegenteil.

Für mehr als ein Viertel der Kunden ist nach einer Studie die Wertpapieranlage so mühselig und die Informationsflut so lästig geworden, dass sie sich künftig weniger stark am Kapitalmarkt engagieren möchten.<sup>2</sup>

Eine etwaige Abkehr der Kunden vom Kapitalmarkt ist zutiefst besorgniserregend.

Wir stellen dabei fest:

Die vergangenen Wochen haben eindrücklich gezeigt, dass die Zinswende in Europa noch Jahre entfernt ist.

Wir haben es hier mit einem Umbruch in gesamtgesellschaftlicher Dimension zu tun.

Die Folgen der andauernden Niedrigzinsphase entfalteteten sich gerade zu Beginn noch langsam.

Doch je länger die Phase anhält, so schwerwiegender sind die Konsequenzen. Betroffene sind hier vor allem die Finanzbranche und die Sparer.

Die Niedrigzinsphase hat erhebliche Auswirkungen auf den Erhalt und den Aufbau privaten Vermögens und die Altersvorsorge.

Die Erkenntnis, dass die risikoaversen deutschen Sparer durch Inflation und Nullzinspolitik schleichend enteignet werden, kommt langsam auch in der Breite der Gesellschaft an und frustriert zunehmend.

Versicherungen und Pensionskassen sowie klassische Spar- und Termineinlagen sind nach wie vor die beliebtesten Anlagen der Deutschen.

---

<sup>2</sup> „Auswirkungsstudie MiFID II/MiFIR und PRIIPs-VO: Effektivität und Effizienz der Neuregelungen vor dem Hintergrund des Anleger- und Verbraucherschutzes“, Prof. Dr. Stephan Paul im Auftrag der Deutschen Kreditwirtschaft, Februar 2019

Rund 75 Prozent der insgesamt knapp 6,3 Billionen Euro, die Privathaushalte hierzulande auf der hohen Kante haben, liegen in diesen niedrig verzinsten Produkten. Geringere Risiken scheinen vielen Anlegern wichtiger als die langfristig erzielbare Rendite.

Der Aufschwung der Aktienmärkte in den letzten zehn Jahren ist an den meisten deutschen Anlegern daher vorbeigegangen.

Durch diese falsche Geldanlage haben Deutschlands Sparer laut einer Studie der DZ Bank allein in den Jahren 2010 bis 2019 die erschreckende Summe von 648 Milliarden Euro verloren!

Zum Vergleich: Der gesamte jährliche Bundeshaushalt Deutschlands ist etwa halb so groß! Was für eine schmerzhaftes Erkenntnis!

Also gilt: Anleger brauchen Wertpapiere – gerade jetzt!

Was heißt eigentlich Anleger? Ganz vereinfacht gibt es Selbstentscheider und Beratungskunden. Und für beide Gruppen gibt es in Deutschland hervorragende Angebote!

Wichtig: Für zahlreiche Privatanleger ist der Wechsel vom Beratungskunden zum Selbstentscheider einfach nicht darstellbar. Die Selbstentscheider finden vor allem bei den Direktbanken ihre Lösungen. Das Angebot persönlicher Beratung in Deutschland ist auch – noch – weit verbreitet. Die Auswahl an Banken und Sparkassen ist groß, das Produktangebot vielfältig und die Kosten gering.

So gibt es bei den strukturierten Wertpapieren zahlreiche Emittenten und somit einen beinhalten Wettbewerb.

Das heißt: Trotz Zurückhaltung der Anleger bietet die Finanzbranche in Deutschland ein ausgezeichnetes und vielfältiges Angebot an Wertpapieren.

Indes: Der Aufwand für die Kundenberatung ist für Kreditinstitute enorm gestiegen.

Zwangsläufig wird daher bei den Instituten der Umfang des Beratungsangebots auf den Prüfstand gestellt. Die Gefahr ist, dass zukünftig der Zugang zu Wertpapieren erschwert wird.

Das darf nicht passieren!

Der hervorragende deutsche Wertpapiermarkt darf nicht kaputtreguliert werden!

Regulierung muss Anleger angemessen schützen, aber gleichzeitig muss die Anlage in Wertpapieren attraktiv bleiben!

Ausdrücklich zu begrüßen ist insofern das aktuelle Positionspapier des Bundesfinanzministeriums zur Verbesserung der MiFID! Da werden viele Vorschläge der Branche aufgegriffen – ein Schritt in die richtige Richtung!

## **Steuerpolitik**

Bei der Steuerpolitik hingegen sind die Pläne des Bundesfinanzministeriums kontraproduktiv.

Zur Abgeltungssteuer und zur Finanztransaktionsteuer ist schon alles gesagt worden. Das muss ich nicht wiederholen.

Ich möchte allerdings einen Aspekt hervorheben: Die Finanztransaktionsteuer steht im klaren Widerspruch zur Kapitalmarktunion. Sie wird zu einer weiteren Zersplitterung führen, denn sie zieht Grenzen zwischen jenen Ländern, die sie einführen wollen, und denen, die sie ablehnen.

Aktuell gibt es sogar einen weiteren Vorstoß des Finanzministeriums zur Belastung der Privatanleger:

Nach dem Entwurf zum Jahressteuergesetz sollen Verluste aus dem Verfall von Finanzinstrumenten künftig nicht mehr steuerlich geltend gemacht werden können.

Damit stellt sich das Bundesfinanzministerium gegen Entscheidungen des Bundesfinanzhofes.

Betroffen sind potentiell zehn Millionen Anleger. Ganz besonders sind es aber die geschätzten 750.000 Anleger in Optionsscheinen und vergleichbaren Instrumenten.

Diese Anleger setzen die Instrumente oftmals zur Absicherung ihrer Portfolien ein: Der Vorschlag würde zu der absurden Situation führen, dass der Anleger Gewinne versteuern muss, Verluste aber nicht berücksichtigt werden.

Diese asymmetrische Besteuerung darf nicht kommen! Sie ist auch verfassungsrechtlich höchst bedenklich.

Wir brauchen attraktive Rahmenbedingungen für die Anlage in Wertpapieren!

Deswegen fordere ich:

- Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, Menschen den Weg in die Kapitalanlage aufzuzeigen.
- Jetzt ist der richtige Zeitpunkt sie zu ermutigen, in Wertpapiere zu investieren.
- Jetzt ist der richtige Zeitpunkt für zusätzliche private Vorsorge!

Denn das muss man den Menschen sagen:

- Die Zinsen werden in den nächsten Jahren nicht mehr altbekannte Niveaus erreichen.
- Und die gesetzliche Rente wird nicht mehr den Lebensstandard im Alter sichern.

Was ist zu tun?

- Wir brauchen ein klares Leitbild für die Kapitalmärkte in unserem Land und in der EU.
- Wir brauchen politische Aussagen, Initiativen und Impulse, um die Wertpapieranlage attraktiver zu gestalten und nicht zu verhindern.

Meine Damen und Herren,

es ist Zeit, dass die deutschen Sparer endlich an der Wertentwicklung der Kapitalmärkte teilnehmen!

### **Zukunft der Zertifikatebranche**

An dieser Stelle spielt das große Universum der strukturierten Wertpapiere eine wichtige Rolle:

Gerade für Anleger, die weniger risikofreudig sind.

Ich nenne hier nur eine Zahl:

Über 95 Prozent der Zertifikate haben – gemessen am Volumen – ein geringeres Risiko als Aktien.

Nicht zu verkennen ist auch: Die Aktienmärkte kannten jahrelang nur einen Weg – und zwar nach oben. Dies hat sich in letzter Zeit geändert – über die geopolitischen Faktoren sprach ich bereits. Und auch die wenig rosigen Wirtschaftsaussichten in der EU verunsichern die Anleger an den Börsen.

Wenn die Märkte unsicherer und die Kurse volatiler werden, ist das für unsere Branche eine große Chance. Produkte mit attraktiven Renditen in sogenannten „Seitwärtsmärkten“ profitieren davon, also zum Beispiel Express-Zertifikate.

Chancen sehe ich auch generell beim Thema passive Investment-Strategie.

Gerade bei Selbstentscheidern ist in den vergangenen Jahren ein deutlicher Trend hin zum passiven Investieren erkennbar. Hier sind Zertifikate eine gute und kostengünstige Alternative.

Eine Studie unseres Wissenschaftlichen Beirats bestätigt dies. Denn die jährlichen Kosten der Anlage in Zertifikate betragen durchschnittlich nur rund 0,7 Prozent. Selbst wenn man die Absicherungskosten hinzurechnet, liegen die Kosten nur bei rund 1 Prozent. Und die Vertriebsvergütung ist hier bereits enthalten!

All das zeigt: Strukturierte Wertpapiere bieten viele Vorteile und große Möglichkeiten für Anleger.

Wir als Zertifikatebranche sind also weiterhin aufgefordert, Aufklärung zu betreiben – über unsere Produkte sowie über die Funktionsweise der Kapitalmärkte. Hier können wir echten Mehrwert leisten.

Der DDV hat gemeinsam mit seinen Mitgliedern durch zahlreiche Initiativen, Standardsetzungen und Selbstverpflichtungen dazu beigetragen, dass Anleger bei strukturierten Wertpapieren eine Transparenz und Informationsklarheit vorfinden, die in der Finanzbranche vorbildlich ist.

## **Herausforderungen / Aktuelle Entwicklungen**

### **Blockchain und elektronische Wertpapiere**

Diese Errungenschaften werden wir in die neue Welt überführen. Digitalisierung ist und bleibt ein Dauerbrenner, wenn es um die Weiterentwicklung des Finanzsektors geht.

Bei elektronischen Wertpapieren sehen wir derzeit regulatorisch einiges an Bewegung.

In Berlin arbeiten aktuell zwei Ministerien an ihrer Einführung. Und das, sehr geehrte Damen und Herren,

ist sehr erfreulich.

Ich gehe davon aus, dass sich eine Öffnung des deutschen Rechts für elektronische Wertpapiere sehr positiv auf die Kapitalmärkte auswirken wird.

Das ist ein Paradigmenwechsel! Mit dem Verzicht auf gedruckte Titel, also die Globalurkunde, entfallen unnötige Kosten. Die Abwicklung wird vereinfacht.

Auch das Potential der Blockchain-Technologie ist für die Finanzbranche immens: Netzwerk- und Transaktionskosten werden verringert. Das Thema Blockchain beleuchten wir heute Nachmittag.

Der Gesetzentwurf soll noch 2019 vorgelegt werden. Wir vom DDV begleiten den Prozess eng.

Wichtig ist, dass die Einführung der elektronischen Wertpapiere jetzt schnell kommt. Denn das bringt unmittelbar Effizienzvorteile – das sind die sogenannten „low hanging fruits“.

### **Sustainable Finance**

Daneben gibt es auch noch einen weiteren Bereich, der uns in Zukunft ausgiebig beschäftigen wird: Nachhaltigkeit beziehungsweise Sustainable Finance. Auch darauf gehen wir heute Nachmittag intensiv ein.



Nachhaltiges Wirtschaften ist nicht erst seit gestern Thema der globalen Politik von der G20 über die UN bis zur EU.

Unternehmen sind schon lange angehalten, nachhaltige Geschäftsmodelle zu entwickeln.

Doch erst in der letzten Zeit wurde das Thema Nachhaltigkeit in der öffentlichen Wahrnehmung ganz oben auf die Agenda katapultiert.

Die Welthandels- und Entwicklungskonferenz (UNCTAD) schätzt, dass jährlich bis zu sieben Billionen US-Dollar in die nachhaltige Entwicklung fließen müssen, um die entsprechenden Ziele der UN umzusetzen.<sup>3</sup>

Schon allein um die Klima- und Energieziele der EU bis 2030 zu verwirklichen, muss Europa nach Berechnungen der EU-Kommission einen jährlichen Investitionsrückstand von fast 180 Milliarden Euro aufholen.

Das erfordert eine Refokussierung von Investitionen und Finanzmittelzuflüssen. Den Finanzmärkten wird dabei schon seit dem Pariser Klimaabkommen von 2015 eine Schlüsselposition zugewiesen. Aber: Das ist eine dienende Rolle!

Deswegen fordern wir für die Finanzwirtschaft konkrete und geeignete Rahmenbedingungen, um diese Position auch ausfüllen zu können!

Die EU hat bereits eine umfassende Agenda mit mehreren regulatorischen Vorhaben aufgesetzt – ausgehend vom Aktionsplan „Financing Sustainable Growth“.

Wir sind hier ganz deutlich:

Für unsere Branche ist das eine Chance. Denn der verstärkte Anlegerfokus auf nachhaltige Investments wird – davon gehen wir aus – unserer Branche neue Impulse geben.

Die zwingende Integration von Nachhaltigkeit in den Beratungsprozess kann künftig großen Einfluss auf die Geldanlagen von Privatanlegern haben.

Klar ist aber auch:

Das bringt einen erneuten regulatorischen Eingriff in bestehende Systeme mit sich. Auch hier ist es von entscheidender Bedeutung, nicht mit einer

---

<sup>3</sup> „Rethinking Impact to Finance the SDGs“, UNEP Finance Initiative, November 2018

überhasteten und in Teilen zu bürokratischen Regulierung das Kinde mit dem Bade auszuschütten.

Wir haben und werden dazu Position beziehen und Lösungen aufzeigen. Bereits vor Monaten hat sich der DDV der Nachhaltigkeitsthematik gemeinsam mit seinen Mitgliedern intensiv angenommen.

Mit den richtigen Produkten werden wir den Schritt in die nachhaltige Welt maßgeblich unterstützen können.

Und ich brauche an dieser Stelle keinen Blick in die Glaskugel, um vorherzusagen, dass sich für strukturierte Wertpapiere neue Branchenstandards herausbilden werden.

Wir wissen: Das Thema Sustainable Finance wird in den kommenden Jahren auch für strukturierte Wertpapiere eine zentrale Rolle spielen.

Wir werden uns mit der kommenden EU-Regulierung auseinandersetzen und auf Gesetzgeber und Aufsicht zugunsten sinnvoller und tragfähiger Ansätze einwirken.

Wir plädieren dafür, den zunehmenden Nachhaltigkeitsfokus als Chance für den Markt zu verstehen.

Wie bei der Niedrigzinsphase gilt es, strukturierte Produkte als Problemlösung zu positionieren.

## **Ausblick und Abschluss**

Meine Damen und Herren,

Sie sehen: Auf die Zertifikatebranche kommen in den nächsten Jahren einige große Herausforderungen zu.

Der DDV ist gut aufgestellt, um diese Herausforderungen erfolgreich zu navigieren – und damit unseren Mitgliedern und der weiteren Entwicklung der Finanzmärkte zu dienen. Der Verband konnte schon in der Vergangenheit bedeutende Erfolge erzielen und diesen Weg werden wir gemeinsam, gezielt und proaktiv miteinander fortsetzen. Darauf freue ich mich sehr.

Ein wichtiger Schritt dabei: Unsere internationale Aufstellung.

Insgesamt arbeiten wir schon seit einigen Monaten daran, die internationale und europäische Präsenz des DDV weiter auszubauen und bestehende Beziehungen zu stärken.

So ist die Mitgliedschaft des DDV bei IOSCO, der weltweiten Vereinigung der Wertpapieraufsichtsbehörden, eine große Bereicherung für den Verband und erleichtert uns den internationalen Austausch.

Wir arbeiten intensiv mit unserem europäischen Verband EUSIPA. Außerdem haben wir in einem ersten Schritt den Dialog mit unseren französischen, italienischen und österreichischen Kollegen intensiviert, um gemeinsame Standpunkte auszuloten. Auf diesem Weg gehen wir weiter.

Die immer größere Bedeutung der Finanzmarktregulierung in der EU zeigt es: Wir müssen und wir werden uns zukünftig auch stärker in Brüssel engagieren.

Sie sehen: Es gibt Herausforderungen, aber auch große Chancen für strukturierte Wertpapiere und die Branche.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,

ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.